

Zu den Wechselwirkungen zwischen Arabischem Frühling und persischem Machtgefüge

Das Gespenst des iranischen Weges

Aschot Manutscharjan

Die geistliche und politische Führung der Islamischen Republik Iran begrüßte den Arabischen Frühling. Selbstbewusst bezeichnete sie die Protestbewegungen in Tunesien, Ägypten, Libyen, Jordanien, Bahrain und im Jemen als Fortsetzung der Großen Islamischen Revolution von 1979. Kurz: Der Sturz der Regime wurde als späte Bestätigung der iranischen Parolen für Freiheit und Gerechtigkeit verklärt. Dass insbesondere die prowestlich orientierten Regierungen hinweggefegt wurden, feierte Teheran als Sieg der islamischen Demokratie.

Gleichwohl verstärkten die politisch-militärischen Kräfteverschiebungen vom Maghreb bis in den Mittleren Osten, von Tunesien bis nach Afghanistan, die der Regimewechsel in Ägypten, der Bürgerkrieg in Syrien und der geplante Abzug der NATO-Truppen aus Afghanistan ausgelöst hatten, die Bedrohungsperezeption der Teheraner Führung. Zudem beschleunigte die aktuelle Entwicklung – wie den jüngsten Berichten der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) entnommen werden kann – das militärische Atomprogramm des Iran. Statt vertrauensbildende Maßnahmen zu initiieren und die Nuklearanlagen den Inspektoren zugänglich zu machen, drohte der Iran mit der völkerrechtswidrigen Schließung der Straße von Hormus. Die USA werteten diese Erklärung sogleich als Kampfansage an die internationale Staatengemeinschaft.

Dass die Regierung Ahmadinedschad in den Besitz von Atomwaffen gelangen wird, werden die von der UNO und der

EU verhängten Sanktionen allein nicht verhindern können: Zu viel politisches Kapital hat das Regime bereits in das Atomprojekt investiert. Obwohl die Führung des Iran immer wieder behauptet, die Sanktionen zeigten keinerlei Wirkung, treffen sie die Volkswirtschaft des Landes tatsächlich hart. Die Konsequenzen zeigen sich inzwischen in Gestalt sozialer Unruhen und politischer Proteste. Sie destabilisieren den Iran weiter und zwingen die religiöse und politische Führung zu handeln. Wie tief die Legitimationskrise der religiösen Führung des Staates inzwischen reicht, beweisen die Demonstrationen des Jahres 2009. Sie waren die ersten Vorboten der wirtschaftlichen und politischen Krise. Der Machtkampf zwischen „Neokonservativen“ und „Reformern“ an der Spitze des Staates geht einher mit einer grundlegenden Umverteilung des Volkseigentums.

Gespannte Ruhe nach außen

Die Drohung der iranischen Führung, eine der weltweit wichtigsten Wasserstraßen zu schließen, führte nicht nur zu einer Verschärfung der sicherheitspolitischen Lage in der Region. Vielmehr ist sie ein weiterer Beleg dafür, dass Präsident Ahmadinedschad die schwelende innenpolitische Krise mit einem außenpolitischen Konflikt zu neutralisieren sucht. Mit immer aufgeregteren national-patriotischen Parolen mobilisiert das Regime die Bevölkerung für einen möglichen Krieg gegen die USA und Israel; zugleich verbindet es diese Kampagne geschickt

mit dem Auftakt zur Parlamentswahl im März 2012 und der Präsidentschaftswahl im Jahr 2013.

Ob die iranische „grüne Bewegung“ die Kraft haben wird, das theokratische Regime in Teheran zu stürzen, ist mehr als zweifelhaft. Auch führen die Vergleiche vieler Beobachter zwischen der „grünen Bewegung“ und der „Arabelion“ nicht weiter, da die arabischen Protestbewegungen auf andere Ursachen und Rahmenbedingungen zurückgehen. Umso erstaunlicher ist, dass es kaum einen Korrespondentenbericht, einen Kommentar oder eine Analyse über den Arabischen Frühling gibt, in denen der Iran nicht erwähnt wird. Das Gespenst des iranischen Weges ist geradezu omnipräsent. Dabei hatten die meisten Experten nach dem Sieg der demokratischen Bewegungen noch bis zum Herbst 2011 eine mögliche Machtübernahme der islamischen Parteien bei den Parlamentswahlen in Tunesien und in Ägypten ausgeschlossen. Zutiefst war man davon überzeugt, dass die arabische „Facebook-Generation“ auf keinen Fall ein Interesse daran haben würde, die Macht den Islamisten beziehungsweise einem Mullah-Regime zu überlassen, wie es nach der Revolution im Iran geschehen war.

Nachdrücklich riet die im Exil lebende iranische Menschenrechtsaktivistin und Friedensnobelpreisträgerin Shirin Ebadi den Arabern, die Fehler, die die Iraner 1979 gemacht hätten, nicht zu wiederholen und „eine gestürzte Diktatur nicht durch eine andere zu ersetzen“. Obwohl damals die städtische Bevölkerung, insbesondere bürgerliche und kommunistische Parteien, die Protestbewegung getragen hatten, führte Ajatollah Khomeini die Scharia ein und verbot im Zuge der Islamisierung des Staates alle anderen politischen Gruppierungen.

Die Islamische Revolution habe die Proteste in den arabischen Ländern inspiriert, die Menschen seien geradezu fas-

ziniert vom iranischen Weg, betonte Ajatollah Achmad Chātami am 28. Januar 2011 in seiner Freitagspredigt. Der tunesische Diktator verfolge die gleiche Politik wie einst Reza Schah Pahlavi. Deshalb ereile ihn jetzt auch dessen Schicksal. Husni Mubarak werde es nicht viel anders ergehen, fügte Chātami hinzu. Der Geistliche gehört zu den einflussreichsten Mitgliedern des Expertenrates. Er sollte recht behalten: Zwei Wochen später musste der ägyptische Präsident zurücktreten.

Rein islamische Befreiungsbewegung?

Damit neige sich die „Ära der arabischen Diktatoren und der Marionetten des Westens“ endgültig ihrem Ende zu, versicherte der Ajatollah. Unter dem Motto „Allahu akbar“ führten die Massendemonstrationen dazu, dass eine neue Seite im Geschichtsbuch der Menschheit aufgeschlagen werde. Bereits vor einem Jahr hatte der zu den Erzkonservativen zählende Geistliche alle diejenigen als blind bezeichnet, die nicht sehen wollten, dass eine neue Realität in die politischen Systeme des Nahen Ostens Eingang gefunden habe: die islamische Herrschaft, „gegründet auf den Prinzipien der islamischen Demokratie“.

Einen Monat später, im Februar 2011, empfahl das geistliche Oberhaupt des Iran, Ali Chamenei, religiöse Führer sollten sich aktiv am politischen Geschehen im Nahen Osten beteiligen und eine Führungsrolle in der neuen Ordnung des „auf dem Islam basierenden Staates“ einnehmen. Die Protestbewegungen in der arabischen Welt bezeichnete Chamenei, ebenso wie andere iranische Geistliche und Politiker, als eine rein islamische Befreiungsbewegung nach dem Muster der iranischen Revolution von 1979. Zugleich gab er seiner Hoffnung Ausdruck, dass vom arabischen Umbruch eine Re-Islamisierung der gesamten Region ausgehen werde.

Das iranische Außenministerium sekundierte, indem es die Entstehung eines „islamischen Nahen Ostens“ rühmte, der sich gegen „die Feinde Israel und Amerika“ erheben werde. Der Iran sei solidarisch mit den Völkern des Nahen Ostens und unterstütze ihr Recht auf Selbstbestimmung; dazu gehöre es auch, sich von diesen „arroganten Mächten“ zu befreien. Der iranische Außenminister Ali Akbar Salehi fügte in einem Interview mit der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* vom 6. Dezember 2011 hinzu, der Iran habe „eine grundsätzliche Antwort auf alle Volksaufstände oder Revolutionen in der Region: Die Regierungen müssen auf die legitimen Forderungen ihrer Bevölkerung hören.“

Besonders bedeutsam war es für den Iran, dass ausgerechnet Präsident Husni Mubarak gestürzt wurde, der als Nachfolger von Anwar as-Sadat den Friedensprozess mit Israel fortgeführt und den Gazastreifen blockiert hatte, nachdem die Hamas dort an die Macht gekommen war. Zudem hatte Ägypten unter Mubarak mit dem Iran keine diplomatischen Beziehungen unterhalten und der iranischen Marine verboten, den Suezkanal zu passieren. Als erstes Zeichen einer ägyptisch-iranischen Annäherung hatte Kairo es deshalb nach dem Machtwechsel zwei iranischen Kriegsschiffen gestattet, durch den Suezkanal zu fahren. Zum ersten Mal seit 1979 gelangte die iranische Marine also wieder durch die künstliche Wasserstraße ins Mittelmeer und zeigte vor der syrischen Küste Flagge. Heftige Proteste der israelischen Regierung folgten sogleich.

Bislang blieb der Arabische Frühling ohne erkennbare Folgen für die Innenpolitik des Iran. Als es im Februar 2011 nach einer Trauerfeier zu Auseinandersetzungen zwischen der oppositionellen „Grünen Welle“ und Regierungsanhängern kam, beschuldigte das Staatsfernsehen die unter Hausarrest stehenden

Mir-Hussein Mussawi und Mehdi Karubi, die Proteste organisiert zu haben. Im iranischen Parlament forderten zudem über zweihundert Abgeordnete die Todesstrafe für die beiden „Verräter“, die angeblich mit dem „Ausland“ zusammenarbeiteten. Seitdem kam es weder zu Massendemonstrationen noch zu Solidaritätsaktionen. Allenfalls gibt es kleinere Kundgebungen, oftmals mit einem lokalen Bezug. Mit Blick auf die Parlamentswahl im März 2012 bleibt abzuwarten, ob es sich hierbei um die Ruhe vor dem Sturm handelt. Immer noch wird Dissidenten – insbesondere Künstlern, Publizisten und Studenten aus der Bloggerszene – in regelmäßigen Abständen ihre Verhaftung angedroht.

Erzwungene Ruhe im Inneren

Seit seiner umstrittenen Wiederwahl im Jahr 2009 folgt Präsident Ahmadinedschad einem konsequenten Kurs: Er verstärkt seinen Rückhalt, indem er seine Anhänger, Generäle der Revolutionsgarden und der Basidschi/Pasdaran-Milizen, mit Posten in zentralen politisch-administrativen und wirtschaftlichen Bereichen versorgt. Inzwischen kontrolliert diese neokonservative Anhängerschaft Ahmadinedschads über Privatisierungsanträge wichtige Unternehmen in der Kommunikations- und Infrastrukturwirtschaft, in der Rüstungsindustrie sowie in den Hafen- und Zollbehörden.

Auch im direkten Machtkampf der Führungseliten scheint der Präsident einen kleinen Sieg errungen zu haben: Der geistliche Führer des Iran, Ajatollah Ali Chamenei, entließ im März 2011 den Erzrivalen Ahmadinedschads, den ehemaligen Präsidenten Ali Akbar Haschemi Rafsandschani (1989 bis 1997), als Vorsitzenden des Expertenrates, dessen Aufgabe es ist, das religiöse Oberhaupt des Landes zu berufen. Rafsandschani war Ahmadinedschad im August 2005 bei der Stichwahl um die Präsidentschaft unterlegen

und hatte sich bei der Wahl 2009 auf die Seite der „Reformer“ gestellt.

Es kann aber auch nicht ausgeschlossen werden, dass es sich beim Rauswurf Rafsandschanis um eine Reaktion des geistlichen Oberhauptes auf die arabischen Revolutionen handelt. Schließlich gehört Ajatollah Rafsandschani zu den reichsten (und korruptesten) Männern des Landes. Seine exponierte Stellung als Vorsitzender des Expertenrates erhöht nicht unbedingt die Glaubwürdigkeit der geistlichen Führer des Gottesstaates, wenn sie freitags über islamische soziale Gerechtigkeit und Demokratie predigen.

In jedem Fall scheint Chamenei den Burgfrieden in Teheran aufrechterhalten zu wollen, indem er zwischen dem antikerikalen Präsidenten Ahmadinedschad und dem Parlamentsvorsitzenden Ali Larijschani laviert, der den Interessen des Klerus nähersteht. Die eigentlich interessante Frage lautet jedoch: Wie lange bleiben diese Machtkämpfe auf dem politischen Olymp friedlich, während die soziale und wirtschaftliche Krise in Zeiten der Blockade des Landes im Alltag der Menschen immer tiefere Spuren hinterlässt?

Aufstände in Bahrain und Syrien

Hatte Teheran die arabischen Protestbewegungen im Maghreb nur aus der Ferne beobachtet, berühren die Entwicklungen in Bahrain und in Syrien die iranischen Interessen unmittelbar. Dass die Demokratiebewegung in Bahrain im Februar 2011 freie Wahlen, Meinungsfreiheit und mehr Rechte für die Bevölkerungsmehrheit der Schiiten forderte, wurde in Teheran begrüßt. Obwohl der Iran mit keinem Wort den Sturz des Herrscherhauses Al Chalifa unterstützte, ist es ein offenes Geheimnis, dass der schiitische Kampf für mehr politische Rechte in Bahrain im strategischen Interesse der iranischen Führung ist. Schon unter Schah Pahlavi hatte der Iran territoriale Ansprüche auf Bahrain und andere Inseln

im Persischen Golf erhoben. Dabei ist die schiitische Mehrheit nicht persischer, sondern irakischer Abstammung.

Wie im Irak, so wäre auch eine schiitische Regierung in Bahrain – dort ist die 5. Flotte der US-Marine stationiert – ein wichtiger Verbündeter gegen die wichtigste sunnitische Konkurrenzmacht in der Region: Saudi-Arabien. Ein schiitischer Sieg in Bahrain hätte unmittelbare Auswirkungen auf die politische Stabilität der mehrheitlich schiitischen Ostprovinz Saudi-Arabiens. Auf Bitten des Königshauses und nach Zustimmung des Golf-Kooperationsrates marschierten saudi-arabische Truppen nach Bahrain und verhinderten so einen Machtwechsel. Ahmadinedschad verurteilte die Repressionen als „unannehmbar“ und machte die USA dafür verantwortlich. Das iranische Parlament drohte Riad mit „ernsten Konsequenzen“. Tatsächlich rief Teheran aber nur den Botschafter aus Bahrain „zu Konsultationen“ zurück. Militärische Maßnahmen gegen den saudi-arabischen Truppeneinsatz blieben aus. Obwohl die Saudis dem befreundeten sunnitischen Königshaus auf Bahrain zu Hilfe eilten, bleibt offen, wie lange der Frieden, der sich vor allem auf saudische Bajonette stützt, erhalten bleiben kann gegen die schiitische Mehrheit und die iranischen Expansionswünsche. Viel wird von der Reformbereitschaft der Regierenden abhängen. Denn die nächste demokratische Protestwelle wird auch die übrigen arabisch-sunnitischen Monarchien im Golf treffen.

Irans Status als Regionalmacht wird jedoch in besonderer Weise durch die Protestbewegung und den Bürgerkrieg in Syrien infrage gestellt. Als einziger politisch-militärischer Verbündeter unterstützt Damaskus die Positionen Teherans in der arabischen Welt und im Konflikt mit Israel. Über Syrien liefert Teheran Waffen an die libanesische Schiitenmiliz

Hisbollah und die palästinensische Hamas. Deshalb ist in iranischen Regierungskreisen die Meinung verbreitet, den Kampf gegen das Assad-Regime hätten die sunnitische Türkei und Saudi-Arabien ersonnen und entzündet, um die Herrschaft der schiitischen Alawiten in Syrien zu beenden. Selbstverständlich stellt sich der Iran auf die Seite Syriens und versucht erfolglos, die Embargo- und Blockadepolitik, initiiert von der Arabischen Liga und der Türkei, zu unterlaufen. Die iranische Regierung fordert mehr Zeit für die Assad-Regierung, damit sie ihre Reformversprechen umsetzen kann. Die internationale Gemeinschaft solle nicht so viel Druck auf Damaskus ausüben, schließlich würden im Jemen und in Bahrain „genauso viele Menschen“ umkommen. Sollte der Assad-Clan tatsächlich eines Tages stürzen, würde der Iran seinen wichtigsten Verbündeten im Kampf gegen die USA und Israel verlieren.

Einfluss und Ablenkung

Insgesamt führten die Ausschaltung Saddam Husseins und der Taliban, aber auch der Irak-Krieg und der Arabische Frühling dazu, dass der Iran seinen Einfluss im Nahen und Mittleren Osten erheblich erweitern konnte. Dazu gehörte insbesondere die Herausbildung eines „schiitischen Halbmondes“ in der sunnitischen Welt. Um das Erreichte zu sichern, droht der Iran den arabischen Staaten im Persischen (Arabischen) Golf regelmäßig mit Annexionen und instrumentalisiert den „schiitischen Faktor“. Außerdem propagiert Teheran unentwegt die sozialen Gerechtigkeitsprinzipien der Islamischen Revolution, um die sunnitischen Monarchien, vor allem aber Saudi-Arabien, weiter zu destabilisieren.

Daneben dient die medienwirksam inszenierte antiisraelische Propaganda, insbesondere die Leugnung des Holocaust und die Ankündigung, Israel von der

Landkarte „zu radieren“, nicht nur dem „Innengebrauch“, sondern der Ablenkung von Irans Nuklearprogramm und seinen Expansionszielen in den arabischen Raum. Teheran spielt ein doppeltes Spiel: Entweder billigen die USA dem Iran den Status einer Atommacht zu, oder sie dulden zumindest die schiitische Expansion Teherans in den Mittleren Osten.

Ein effektives Instrument der iranischen Regionalpolitik sind zudem Stellvertreterkriege gegenüber Israel sowie – in zunehmendem Maße – gegenüber dem Irak und Afghanistan: Bis heute provozieren Teherans Verbündete Hisbollah und Hamas Israel und lenken damit die Weltöffentlichkeit von dessen Atomprojekt ab. Diese Taktik kann aber nur unter der Voraussetzung gelingen, dass die militärisch-politische Zusammenarbeit mit Syrien funktioniert und dass der Iran seinen Einfluss auf die mächtigen schiitischen Gruppen im Irak aufrechterhalten kann. Das Gleiche gilt für Afghanistan: Die von Teheran unterstützten Stammesfürsten im Westen Afghanistans und die militärische Partnerschaft mit den afghanischen Tadschiken bilden strategische Brücken, über die Teheran seinen Einfluss bis nach Tadschikistan ausdehnt.

Quasi auf Knopfdruck konnte Teheran bislang vier Stellvertreterkriege (Libanon, Gaza, Afghanistan, Hormus) beginnen und so die ganze Region mit einem Flächenbrand überziehen. Auch wenn der Iran die Straße von Hormus nur zeitweise schließen kann, eine weltweite Ölkrise wäre dennoch die Folge. Umgekehrt bedeutet das aber auch, dass sich das Regime von seiner wichtigsten Einnahmequelle abschneiden würde. Ein regional begrenzter Krieg würde zudem zu einer weiteren Isolation des Iran führen und möglicherweise den Sturz des Regimes bewirken. Dann würde die Welt von einem „Iranischen Frühling“ reden.